

BESCHLÜSSE

des Parteitags der SPD-Leverkusen am 03. Juni 2023

Finale und beschlossene Versionen

Antragsübersicht

Vorab: Vorschlag zur Geschäftsordnung – TOP 3.2.

Thema	Antragssteller
Lieben / Einkaufen / Verweilen –	
	UBVorstand
	A C COnlug
	AG 60plus
	AfA
Vorzeitige Verlangerung des Ratsbeschlusses zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bei der Stadt	
und den stadtnahen Betrieben"	AfA
Daseinsvorsorge in Leverkusen –	
Gemeinsam und aus einem Guss	AfA
Organisation eines CSD-Straßenfestes in Leverkusen	AGQueer
Ausweitung und Verbesserung des öffentlichen WLAN-	
Netzes in Leverkusen	Jusos
Sicherheit von Frauen im Nahverkehr stärken	Jusos
Förderung der Barrierefreiheit, Inklusion und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen bei Parteiveranstaltungen	Jusos
Kostenfreie Menstruationsprodukte in Schulen, Behörden	
und öffentlichen Einrichtungen	Jusos
Offensiv Vorgehen gegen defensive Architektur	Jusos und OV Manfort/Wiesdorf
Den Wohnungsmarkt aufs Next LEVel bringen	01/
	OV Manfort/Wiesdorf
	Lieben / Einkaufen / Verweilen — zukunftsfähige Innenstädte "Lieben / Einkaufen / Vernetzen — Lebendige Innenstädte in Leverkusen" — Anforderungen an eine altersgerechte Stadtraumgestaltung berücksichtigen Hände weg vom Streikrecht! Vorzeitige Verlängerung des Ratsbeschlusses zum "Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bei der Stadt und den stadtnahen Betrieben" Daseinsvorsorge in Leverkusen — Gemeinsam und aus einem Guss Organisation eines CSD-Straßenfestes in Leverkusen Ausweitung und Verbesserung des öffentlichen WLAN- Netzes in Leverkusen Sicherheit von Frauen im Nahverkehr stärken Förderung der Barrierefreiheit, Inklusion und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen bei Parteiveranstaltungen Kostenfreie Menstruationsprodukte in Schulen, Behörden und öffentlichen Einrichtungen Offensiv Vorgehen gegen defensive Architektur

TOP 3.2 Geschäftsordnung

VORLÄUFIGE GESCHÄFTSORDNUNG Parteitag SPD-Leverkusen 03. Juni 2023

- 1. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Unterbezirks Leverkusen
- 2. Die Stimmberechtigung der Mitglieder wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt.
- 3. Die Redezeit in der Diskussion beträgt höchstens 3 Minuten. Redner*innen erhalten zur gleichen Sache nur zweimal das Wort.
- 4. Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD.
- 5. Änderungs- und Ergänzungsanträge sind dem Präsidium schriftlich vorzulegen.
- 6. Initiativanträge müssen schriftlich vorgelegt und von mindestens 10 Delegierten aus 3 Ortsvereinen unterschrieben sein. Sie werden behandelt, sofern der Parteitag der Behandlung zustimmt. Sie können nur berücksichtigt werden, wenn die darin zu behandelnden politischen Fragen unerwartet und von großer politischer Tragweite und bis Antragsschluss noch nicht aktuell waren.
- 7. Als Frist für die Einbringung von Personalvorschlägen und Initiativanträgen wird 30 Minuten nach Beschlussfassung der Tages- und Geschäftsordnung festgelegt.
- 8. Diskussionsredner*innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen nach männlich/FINTA quotiert das Wort.

 Ausgenommen hiervon sind Berichterstatter der Antragskommission.
- 9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller*innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen das Wort. Abstimmungen über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgen, nachdem je ein/e Redner*in für und gegen einen Antrag gesprochen hat.
- 10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig

A 1 Leitantrag - Leben / Einkaufen / Verweilen – zukunftsfähige Innenstädte

Antragsteller: UB Vorstand

 Innenstädte sind ein immer wiederkehrendes Thema im politischen Rahmen. Der aussterbende Einzelhandel, schlechte Aufenthaltsqualität und die Corona-Pandemie sind nur einige Herausforderungen und Probleme für unsere Innenstädte. Wir müssen unsere Innenstädte jedoch als mehr begreifen: es reicht nicht mehr nur eine reine Einkaufsstraße als Innenstadt zu bieten. Wie der Titel des Leitantrages verrät, sollten unsere Innenstädte zum leben und verweilen einladen und eben nicht nur zum einkaufen.

1. Begriffsbestimmung

 Durch die historische Entwicklung unserer Stadt haben wir drei Stadtteilzentren mit drei Fußgängerzonen. Wir definieren den Begriff der Innenstadt aber als mehr: es geht nicht nur um die Fußgängerzonen. Es geht um den gesamten Bereich drumherum mit all seinen Institutionen, Vereinen, Naherholungsbereichen und Menschen. Wir lösen den Begriff der Innenstädte von einer rein geographischen Bedeutung hin zu einer Bedeutung für das Leben der Menschen unserer Stadt. Uns ist wichtig den Bereich zu verbessern in dem das Leben der Menschen stattfindet und die Lebenssituation sich bessert.

2. Allgemeine Grundsätze

- Wir halten es für unabdingbar für die erfolgreiche Zukunft unserer Innenstädte Lebensmittelpunkte für Menschen zu schaffen. Menschen sollen in die Innenstadt kommen um zu verweilen, nicht nur wenn sie etwas besorgen müssen oder einen Verwaltungsstandort besuchen wollen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen aber deutlich gebessert werden. Wir brauchen eine wesentliche Aufwertung durch Freizeitangebote wie Spielplätze, Sport- oder Spielgeräte, aber auch durch notwendige Dinge des täglichen Lebens, wie beispielsweise öffentliche Toilettenanlagen.
- Toilettenanlagen.

 Der soziale Aspekt ist bei all den Ideen nicht von der Hand zu weisen: die letzten Jahre mussten wir alle auf Abstand leben, die Innenstädte eignen sich hervorragend um Menschen nun wieder zusammenzubringen. Ein Ort der Jung und Alt unabhängig von Geld oder Herkunft verbindet
- 38 Geld oder Herkunft verbindet.
- Ziel muss es sein, dass Menschen vor allem zum leben, spielen und verweilen in die Innenstädte kommen und im Zuge dessen den Einzelhandel, sowie die Gastronomie besuchen. Das Muster, dass Menschen nur in die Innenstadt kommen um einzukaufen und alles andere nur Nebensache ist, ist nicht mehr zukunftsfähig und zeitgemäß! Drei Punkte müssen dafür insbesondere angegangen werden. In Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Partei sollen diese Punkte näher definiert werden:

2.1 Mobilität

Die Frage für viele Projekte ist immer die Frage der Mobilität. Autos sind raumfressende aber dennoch nötige Gegenstände. Diese versuchen vollständig loszuwerden wäre daher falsch. Es muss jedoch der Rahmen geschaffen werden, dass Autos zum Parken in der Erde verschwinden bzw. übereinander geparkt werden können. Aus diesem Grund müssen alle Tiefgaragen und Parkhäuser auf einen modernen Stand gebracht werden, auch für Elektromobilität. Die Infrastruktur dafür muss schnellstmöglich ausgebaut werden. Zudem müssen ausreichend Parkplätze für die Anwohnerinnen und Anwohner zur Verfügung stehen. Der Bedarf und das Preiskonzept muss regelmäßig überprüft und ggf. angepasst werden.

Im Zuge dessen ist es natürlich sehr wichtig auch den ÖPNV, sowie die Infrastruktur für Fahrräder und Fußgänger*innen zu schaffen. Aus allen Stadtteilen in Leverkusen muss es möglich sein, schnell und zuverlässig in die Innenstädte zu kommen. Vor Ort müssen dann selbstverständlich deutlich mehr sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vorhanden sein. Auch Ideen wie beispielsweise Ladeinfrastruktur für E-Bikes können vor Ort umgesetzt werden.

Beim Thema Mobilität spielt aber auch der Aspekt Barrierefreiheit eine Rolle. Nicht immer sind unsere öffentlichen Flächen für alle Menschen zugänglich. Es muss sowohl der Vater mit seinem Kinderwagen, die Frau im Rollstuhl, aber auch der Rentner alles gut und ohne große Probleme erreichen können. Um dies sicherzustellen muss dieser Aspekt immer bedacht und stetig überprüft werden.

2.2 Naherholung und Klimaschutz

 Oft sind unsere Innenstädte trist und von Beton und Gestein geprägt. Dies ist sowohl für den Wohlfühlfaktor schlecht, als auch für unser Klima. Im Sommer heizen sich diese Flächen extrem auf und es gibt kaum schattenspendende Bäume. Es muss an möglichst vielen Stellen entsiegelt werden und bepflanzt werden. An möglichst vielen Orten brauchen wir kleine grüne Oasen die zum sitzen und pausieren einladen – im Idealfall direkt verbunden mit Spielangeboten für Jung und Alt. Als gutes Beispiel geht hier die Stadt Lüneburg voran, welche nun grüne Oasen mit Sitzgelegenheiten verbinden möchte¹. Genau solche Ideen sind zukunftsfähig.

Weiterhin bilden unsere Flächen eine gute Voraussetzung um Energie zu gewinnen. An vielen Standorten könnten Solaranlagen installiert werden und so ebenfalls einen Beitrag in Sachen Klimaschutz leisten. Wenn diese gut überlegt installiert werden, können sie zudem als Schattenspender oder Unterstellmöglichkeiten fungieren. Auch hier müssen wir, wie bei den Parkplätzen, wieder mehr in die Höhe, als in die Breite denken.

¹ www.luene-blog.de/lueneburg-gruene-oase-in-der-innenstadt-geplant

2.3 Generationenverbindung

Wie oben bereits beschrieben wollen wir Menschen zusammenbringen. Dies passiert selbstverständlich in Cafés und Restaurants. Wir wollen aber Orte an denen Menschen aktiv zusammen in den Austausch kommen. Ein Mehrgenerationenspielplatz ist hier ein gutes Beispiel. Es fängt aber bereits mit Sitzgelegenheiten an: insbesondere ältere und schwächere Menschen brauchen öfters eine Pause, dafür gibt es momentan zu wenige Sitzgelegenheiten.

Ein weiterer Aspekt wäre beispielsweise die Installation von öffentlichen Spielgeräten wie Schachbrettern oder Tischtennisplatten. In Kooperationen mit Vereinen und anliegenden Einzelhändlern / Cafés könnte auch die Erhaltung und Pflege solcher Anlagen sichergestellt werden.

Es könnten zudem soziale Projekte angestoßen werden, beispielsweise öffentlich zugängliche Blumenbeete die von einer Institution gepflegt werden, wo aber jede und jeder mitmachen kann. Solche Projekte könnten Menschen verbinden und die Aufenthaltsqualität nochmals steigern. Die Menschen müssen eine gute Bindung zu ihrer Innenstadt aufbauen – dann kommen sie gerne dorthin und Probleme des Vandalismus werden hoffentlich weniger. Durch solche Projekte wollen wir genau diese Identität schaffen.

Die Ideen wie unsere Innenstädte zukunftsfähig werden könnten, sind nahezu unbegrenzt. Wichtig ist für uns den Blick auf das Ganze zu legen und nicht immer Stück für Stück alles einzeln zu betrachten. Mit einem Gesamtkonzept von Freizeitmöglichkeiten bis Sitzgelegenheiten, von Einzelhandel bis Verwaltungsstandorten, von Parkplätzen bis Fahrradbügel muss alles ganzheitlich betrachtet und geplant werden. Und dann werden unsere Innenstädte zukunftsfähig – für die Menschen und das Klima, für die Einzelhändler*innen und Vereine.

117 118 119	A 2 "Leben / Einkaufen / Vernetzen – Lebendige Innenstädte in Leverkusen" – Anforderungen an eine altersgerechte Stadtraumgestaltung berücksichtigen
120	Antragsteller: AG 60 plus
121	
122 123 124	Bei Bauvorhaben, mit denen in Leverkusen öffentliche Flächen gestaltet werden, müssen künftig verstärkt die Anforderungen an eine altersgerechte Stadtraumgestaltung beachtet werden.
125	Begründung:
126 127 128 129 130 131 132	Die Alterung der Bevölkerung ist ein wesentliches Merkmal des demografischen Wandels in Deutschland und zeigt sich auch in Leverkusen in einem kontinuierlich steigenden Anteil älterer Menschen. Im Jahr 1960 war jeder achte Einwohner mindestens 65 Jahre alt. Heute ist es schon jeder Fünfte und ab 2040 wird es voraussichtlich mehr als jeder Vierte sein. Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer, die gerade das Rentenalter erreichen, werden der Alterung noch eine besondere Dynamik verleihen.
133 134 135 136 137	Auch der Anteil hochaltriger Menschen nimmt zu, zum einen durch die anhaltend niedrige Geburtenrate und zum anderen durch die prozentuale Zunahme der Langlebigkeit. 1950 war jeder hundertste Einwohner 80 Jahre und älter. Heute ist bereits jeder Vierzehnte hochaltrig und ab etwa 2040 könnte es mehr als jeder Zehnte sein - Hochaltrigkeit wird zum Massenphänomen.
138 139	Diese Entwicklung muss in der Stadtentwicklung/Stadtgestaltung berücksichtigt werden.
140 141 142 143 144 145 146 147	Zu den Anforderungen an eine altersgerechte Stadtraumgestaltung gehören seniorengerechte Stadtmöbel, die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen bequemen und längeren Aufenthalt an attraktiven Plätzen der Stadt ermöglichen. Der demographische Wandel mit der stetig steigenden Zahl älterer Menschen wird zu einem zunehmenden Bedarf an altersgerechten bzw. barrierefreien Infrastruktureinrichtungen und einem ebensolchen Le-bensumfeld führen. Das vorhandene Angebot in Leverkusen ist auf diese Entwicklung und die veränderten Anforderungen anzupassen. Wenn Seniorinnen und Senioren die Beteiligung am öffentlichen Leben erleichtert werden soll müssen jetzt die Voraussetzungen dafür verbessert werden.
149 150 151 152 153 154 155	Ein nutzergerechter Stadtraum für Senioren bietet Gelegenheit für Begegnungen. Er weist ausreichend Sitzgelegenheiten aus, um die Möglichkeit spontanen Ausruhens zu gewährleisten, idealerweise an Orten, die zur Beobachtung einladen, Schutz bieten oder Beschaulichkeit und Ruhe erlauben. Die Beschaffenheit der Sitzgelegenheiten sollen ästhetisch den Charakter des jeweiligen Stadtkontextes gut ergänzen und eine Sitzgeometrie aufweisen, die komfortables Sitzen ermöglicht und das Aufstehen erleichtert. An geeigneten Orten bieten Sitzgelegenheiten Treffpunkte, die eine

Anordnung von Sitzen vorsehen, die zur Kommunikation einladen.

155

- Die Attraktivität von Aufenthaltsräumen im altengerechten Stadtraum ist zu einen von
- deren Erreichbarkeit und zum anderen von ihrem Erlebnisfaktor abhängig. Neben den
- oben erwähnten Gelegenheiten zur Beobachtung urbanen Geschehens aus sicherer
- Distanz ist auch eine klimabezogene Positionierung entscheidend für die Akzeptanz
- 161 eines möblierten Stadtraumes. Windschutz und Beschattung spielen eine wichtige
- 162 Rolle.
- 163 Weitere entscheidende Infrastruktur für einen seniorengerechten Stadtraum sind
- saubere öffentliche Toiletten in erreichbaren Abständen. Darüber hinaus gehören
- barrierefreie Wege und Zugänge sowie eine sichere Orientierung zum Standard einer
- 166 altengerechten Stadt.
- 167 Seniorinnen und Senioren unterschiedlicher Aktivitäts- und Mobilitätsverfassung
- sollten in ein integriertes Planungskonzept für eine altengerechte Stadtraumgestaltung
- 169 einbezogen werden.

A 3 Hände weg vom Streikrecht!

Antragsteller: SPD AfA

172

180

181

183

184

185

186

187

188

190

171

170

Die SPD Leverkusen steht ohne Wenn und Aber hinter dem grundgesetzlich 173 geschützten Streikrecht in seiner jetzigen, arbeitsrechtlich geregelten Form. 174 Jeglichen Bestrebungen zu einer gesetzlichen Einschränkung, z.B. durch 175 Festlegung von Ankündigungsfristen, die Verordnung von Notfallbesetzungen 176 oder die Verabschiedung gesetzlicher Einschränkungen von Warnstreiks, erteilt 177 die SPD Leverkusen eine klare Absage. 178

Das Streikrecht in Deutschland ist eine Errungenschaft, die nicht zuletzt durch 179 Sozialdemokrat:innen hart erkämpft und erstritten wurde. Es ist ein wichtiger Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung und aus gutem Grund in unserem Grundgesetz verankert. Zunehmend werden jedoch aus den Reihen konservativer und 182 neoliberaler Parteien wie der CDU und aus den Reihen der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Stimmen laut, die das Streikrecht durch gesetzliche Verordnungen einschränken wollen. So sollen vor allem Streiks in kritischen Infrastrukturen, z.B. Flughäfen oder dem ÖPNV, durch unverhältnismäßig lange Ankündigungsfristen und gesetzlich verordnete Notdienstregelungen eingeschränkt werden. Nach den Vorstellungen dieser arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Kräfte sollen Streiks in Zukunft "nicht mehr weh tun". Diesen Bestrebungen müssen 189 wir entschieden entgegentreten.

191 Streiks sind das einzige Druckmittel der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen. Gäbe es keine Streiks oder würden diese 192 eingeschränkt, verkämen Tarifverhandlungen in Zukunft zu einer "kollektiven Bettelei". 193 Daher stehen wir auch in diesem Thema fest an der Seite der DGB-Gewerkschaften. 194

A 4 Vorzeitige Verlängerung des Ratsbeschlusses zum "Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bei der Stadt und den stadtnahen Betrieben"

Antragsteller: SPD AfA

Der Mitgliederparteitag beauftragt die Ratsfraktion, die vorzeitige Verlängerung der "Vereinbarung zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bei der Stadt und den stadtnahen Betrieben" bis 2027 anzustreben und zur Beschlussfassung in den Rat einzubringen. Ferner werden die SPD-Vertreter:innen in den Aufsichtsgremien der stadtnahen Betriebe angehalten, sich im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz ebenfalls für die Umsetzung dieser Maßnahme einsetzen.

Der Fachkräftemangel ist auch im öffentlichen Dienst eine existenzielle Bedrohung. Allein in Leverkusen können hunderte Stellen nicht besetzt werden, was sich negativ auf die Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge auswirkt. Daher muss die Attraktivität einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst gestärkt werden. Neben vielen weiteren Stellschrauben wie Bezahlung, Arbeitsbedingungen usw., spielt vor allem die Arbeitsplatzsicherheit eine wichtige Rolle. Hier hat der Rat der Stadt bereits 2019¹, bzw. 2020² durch entsprechende Beschlüsse über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2025, ein wichtiges Signal gesetzt. Eine vorzeitige Verlängerung bis 2027 würde JETZT ein wichtiges Signal setzen und wir laufen nicht Gefahr, dass dieses wichtige Thema im Wahlkampf für die Kommunalwahl 2025 untergeht. Außerdem wäre es gut, wenn wir die Erledigung dieses wichtigen Themas nicht noch einmal der CDU überlassen würden.

Dabei ist es dringend erforderlich, dass diese Regelung in allen stadtnahen Betrieben analog umgesetzt wird. Es gibt heute bereits Geschäftsleitungen stadtnaher Betriebe, die diesen Beschluss aus unterschiedlichsten Gründen nicht umgesetzt haben. Dies führt dazu, dass manche Arbeitsplätze im "Konzern" Stadt Leverkusen sicherer als andere sind. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar und muss geändert werden. Daher kommt den politischen Vertreter:innen in den Aufsichtsgremien eine besondere Verantwortung zu. Durch ihre Richtlinienkompetenz können sie auf eine entsprechende Umsetzung hinwirken und die Geschäftsleitungen dazu bewegen, mit den jeweiligen Mitarbeitervertretungen entsprechende Betriebsvereinbarungen abzuschließen.

¹ Antrag 2019/3264 der CDU-Fraktion vom 30.10.2019

² Antrag 2020/3868 der CDU-Fraktion vom 31.08.2020

A 5 Daseinsvorsorge in Leverkusen – Gemeinsam und aus einem Guss

Antragsteller: SPD AfA

Der Mitgliederparteitag beauftragt den Parteivorstand unter Beteiligung der Ratsfraktion, gemeinsam mit der AfA und anderen interessierten Organen der Partei, Maßnahmen zu entwickeln, welche die Vernetzung der Stadt und der stadtnahen Betriebe im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit fördert. Die daraus resultierenden Arbeitsergebnisse werden in Form von Anträgen durch die Fraktion in den Rat eingebracht und durch den Oberbürgermeister unterstützt. Außerdem wirkt die Fraktion auf die politischen Vertreter:innen in den Aufsichtsgremien der stadtnahen Betriebe ein, gegenüber den Geschäftsführenden, diese Vernetzung voranzutreiben.

Der "Konzern Stadt Leverkusen", also die Verwaltung und die stadtnahen Betriebe, z.B. AVEA, Klinikum, EVL, Sparkasse usw., sind gemeinsam verantwortlich, die Daseinsvorsorge für die Menschen in Leverkusen zu gewährleisten. Trotz dieser gemeinsamen Aufgabe lässt die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Betriebe immer noch sehr zu wünschen übrig. Es gibt keine gemeinsamen und abgestimmten Strategien und außer auf der Ebene der Betriebs- und Personalräte, existieren keine regelmäßigen Netzwerktreffen. Jeder Betrieb "kocht sein eigenes Süppchen", obwohl die Politik mittels ihrer Vertreter:innen in den Aufsichtsgremien über die Richtlinienkompetenz gegenüber den jeweiligen Geschäftsführungen, hier durchaus Einfluss nehmen könnten.

Nehmen wir nur als Beispiel das Recruiting von Auszubildenden. Statt mit gemeinsamer Stärke und Kompetenz vereint in den umkämpften "War of Talents" einzusteigen, treten die einzelnen Betriebe grundsätzlich allein auf und machen sich so gegenseitig Konkurrenz. Warum gibt es z.B. auf Ausbildungsmessen oder beim Besuch von Schulen keinen gemeinsamen Antritt? Auch Marketingmaßnahmen, z.B. die Erstellung eines Image-Films, wären deutlich kostengünstiger und wirksamer umzusetzen, würde man sie auf mehreren Schultern tragen. Der "Konzern Stadt Leverkusen" könnte mit seinen mehr als 6000 Mitarbeitenden und seiner Vielzahl an erlernbaren Berufen deutlich erfolgreicher bei der Gewinnung von Auszubildenden auftreten, als es bisher der Fall ist. Eine solche sinnstiftende Zusammenarbeit ist in vielen Bereichen denkbar.

Es braucht daher regelmäßige Netzwerktreffen auf verschiedenen Ebenen, z.B. der Geschäftsführenden, der Personaler:innen usw., um entsprechende Strategien und Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen. Hierbei sind zwingend auch die jeweiligen Betriebs- und Personalräte einzubinden. Es reicht nicht, den "Konzern Stadt Leverkusen" in Sonntagsreden aufleben zu lassen, er muss tatsächlich und in der Realität zum Leben erweckt werden. Das liegt im Interesse der Politik und insbesondere im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

A 6 Organisation eines Christopher Street Day (CSD) Straßenfestes in Leverkusen durch die Stadt

Antragssteller: SPDqueer

Die SPD Leverkusen, ihre Fraktion und der Oberbürgermeister setzen sich dafür ein, dass in Leverkusen ein Christopher Street Day (CSD) in Form eines Straßenfestes stattfindet.

Begründung:

Der Christopher Street Day (CSD) ist ein wichtiges Ereignis, das die Rechte und Freiheiten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen (LGBTIQ) feiert und fördert. Der CSD ist eine Gelegenheit, um auf die Anliegen der LGBTIQ-Community aufmerksam zu machen, Diskriminierung abzubauen und Vielfalt und Toleranz in unserer Gesellschaft zu stärken.

In vielen Städten weltweit finden jährlich CSD-Veranstaltungen statt, die ein Zeichen für Akzeptanz und Gleichberechtigung setzen. Leverkusen sollte sich diesen Städten anschließen und ebenfalls ein solches Straßenfest veranstalten. Dies würde nicht nur ein starkes Signal für Vielfalt und Toleranz in Leverkusen setzen, sondern auch die lokale Wirtschaft und das kulturelle Leben fördern.

 Die Organisation eines CSD-Straßenfestes durch die Stadt Leverkusen würde zeigen, dass die Stadt sich aktiv für die Belange und Rechte der LGBTIQ-Community einsetzt. Es würde dazu beitragen, Diskriminierung abzubauen und ein inklusiveres und offeneres Leverkusen zu schaffen, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität respektiert und wertgeschätzt werden.

A 7 Ausweitung und Verbesserung des öffentlichen WLAN-Netzes in Leverkusen

Antragssteller: Jusos

- 310 In der heutigen digitalen Gesellschaft ist ein schneller und zuverlässiger
- Internetzugang für die Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Die SPD Leverkusen
- 312 erkennt die Bedeutung der digitalen Infrastruktur und möchte sich aktiv für die
- 313 Ausweitung und Verbesserung des öffentlichen WLAN-Netzes in Leverkusen
- einsetzen, um den digitalen Wandel für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich zu
- 315 machen.

307

308

- 316 Ausweitung des öffentlichen WLAN-Netzes:
- a. Die SPD Leverkusen wird auf kommunaler Ebene für den Ausbau des bestehenden
- 318 öffentlichen WLAN-Netzes eintreten-
- b. Besonderes Augenmerk soll dabei auf zentrale Verkehrsknotenpunkte, öffentliche
- Plätze, Parks, Bildungseinrichtungen und soziale Einrichtungen gelegt werden, um
- einen möglichst breiten Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.
- Verbesserung der Qualität und Sicherheit des öffentlichen WLANs:
- 323 a. Die SPD Leverkusen wird darauf hinwirken, dass die Stadt Leverkusen in
- 324 Zusammenarbeit mit den zuständigen Anbietern eine hohe Qualität und
- 325 Verbindungsgeschwindigkeit des öffentlichen WLAN-Netzes sicherstellt, um den
- 326 Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer gerecht zu werden.
- b. Die Partei wird sich für die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der
- Datensicherheit und des Datenschutzes einsetzen, um den Schutz der Nutzerinnen
- und Nutzer des öffentlichen WLAN-Netzes zu garantieren.
- 330 c. Die SPD Leverkusen wird sich dafür einsetzen, dass Informationen über die
- Verfügbarkeit und die Nutzung des öffentlichen WLAN-Netzes transparent und leicht
- verständlich für die Bürgerinnen und Bürger aufbereitet und bereitgestellt werden,
- beispielsweise durch eine interaktive Karte auf der städtischen Webseite oder eine
- 334 App.
- 335 Begründung:
- Die Ausweitung und Verbesserung des öffentlichen WLAN-Netzes in Leverkusen ist
- eine zentrale Maßnahme, um den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten und den
- Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen und kostenfreien Zugang zum Internet zu
- ermöglichen. Mit diesem Antrag zeigt die SPD Leverkusen, dass sie sich für die digitale
- Infrastruktur und die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger einsetzt und diese in
- ihrer politischen Arbeit berücksichtigt.

A 8 Sicherheit von Frauen im Nahverkehr stärken

Antragssteller: Jusos

344

345

346

347

348

349

343

342

Die SPD Leverkusen setzt sich dafür ein, dass unser kommunales Nahverkehrsunternehmen, die Wupsi GmbH, täglich zwischen 20:00 Uhr bis 06:30 Uhr die sich hinter dem/der Busfahrer*in befindenden Sitzplätze in allen von ihnen betriebenen Bussen als "Sitzplätze für Frauen/FINTA" kennzeichnet und zu den angegebenen Zeiten für diese reserviert.

350 351

Des Weiteren sollen durch Schilder in allen von der Wupsi GmbH betriebenen Bussen Verhaltensregeln und Empfehlungen zur Zivilcourage vermittelt werden.

352 353 354

Die Wupsi GmbH soll außerdem gewährleisten, dass Frauen/FINTA ab 20:00 Uhr den Bus jederzeit bei geeigneter Verkehrslage auch außerhalb von Bushaltestellen verlassen können.

356 357

355

Begründung:

358 359

- Sowohl junge als auch ältere Frauen werden täglich Opfer sexualisierter Gewalt.
- 360 Nach Angaben des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 361 362 wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt. 363
 - 51 % der Frauen gaben an, sie nutzen öffentliche Verkehrsmittel grundsätzlich oder zumindest abends nicht allein.1

365 366 367

368

369

370

364

Zu solchen Übergriffen, Belästigungen und anderen Vorfällen kommt es immer wieder in Bussen. Bahnen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln. Diese Geschehnisse können vor allem bei weiblichen Fahrgästen Ängste und Unsicherheiten auslösen. Es müssen daher verstärkt Maßnahmen ergriffen werden, um diese Angsträume zu beseitigen.

371 372 373

374

375

376

377

Im Nahverkehr unserer Stadt ist oftmals der/die Busfahrer*in der/die einzige Ansprechpartner*in, welche/r den Mitfahrerinnen ein Gefühl von Sicherheit gibt. Das Gefühl, im Ernstfall dem Verhalten anderer Fahrgäste ausgeliefert zu sein, steigt dabei regelmäßig, je größer die Distanz zum geschulten Personal der Wupsi ist. Dieses kann jedoch bei rechtzeitiger Erkennung der Gefahrensituation schnell und angemessen reagieren.

378 379 380

Aufgrund dessen ist es wichtig, für Frauen, die sich im Nahverkehr unsicher oder gar bedroht fühlen, Sitzplätze in der unmittelbaren Nähe des/der Fahrer*in zu schaffen.

381 382

Auch eine Sensibilisierung der Fahrgäste durch Schilder, die dazu animieren im 383 Ernstfall einzuschreiten und zu helfen, kann dazu beitragen, dass sich Fahrgäste 384 untereinander unterstützen und einander bei Vorfällen zur Seite stehen. Durch die 385 Vermittlung von Verhaltensregeln und Empfehlungen können Fahrgäste in die Lage 386 387 versetzt werden, bei Bedarf schnell und angemessen zu reagieren.

¹ https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84328/0c83aab6e685eeddc01712109bcb02b0/langfassung-studie-frauenteil-eins-data.pdf

A 9 Förderung der Barrierefreiheit, Inklusion und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen bei Parteiveranstaltungen

390 391

392

388

389

Antragssteller: Jusos

393

- 394 Eine inklusive Gesellschaft ist das Ziel der SPD Leverkusen. Um dieses Ziel zu
- 395 erreichen, ist es wichtig, Barrierefreiheit und Teilhabe für Menschen mit
- 396 Behinderungen und ältere Menschen bei unseren eigenen Parteiveranstaltungen zu
- fördern. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger aktiv am
- 398 politischen Leben teilnehmen können.
- 399 Barrierefreiheit und Inklusion bei Parteiveranstaltungen:
- a. Zukünftige Parteiveranstaltungen sollen in barrierefreien Räumlichkeiten stattfinden,
- die für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Seh- und Hörbehinderungen leicht
- 402 zugänglich sind.
- 403 b. Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen soll unter
- 404 Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgen.
- c. Die SPD Leverkusen wird einen Beauftragten für Barrierefreiheit und Inklusion
- benennen, der die für die Umsetzung dieser Maßnahmen verantwortlich ist und als
- 407 Ansprechpartnerin für Mitglieder und Interessierte zur Verfügung steht.
- d. Der UBV überprüft die Möglichkeit das Parteibüro zumindest in Teilen barrierefrei
- 409 zu gestalten.

410

- Förderung der Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen:
- a. Die SPD Leverkusen setzt sich dafür ein, Menschen mit Behinderungen in politische
- 413 Entscheidungsprozesse und Parteiarbeit einzubinden, indem sie barrierefreie
- 414 Informations- und Kommunikationswege schafft und gezielte Schulungen für
- 415 Mitglieder anbietet, um ein inklusives Umfeld zu schaffen.
- 416 b. Die Partei wird aktiv mit Behindertenverbänden und -organisationen
- 417 zusammenarbeiten, um gemeinsame Projekte zu entwickeln und die politische
- Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

- 420 Altersgerechte Quartiersentwicklung und Inklusion älterer Menschen:
- a. Die SPD Leverkusen setzt sich weiterhin für die Entwicklung von Quartieren ein,
- die den Bedürfnissen älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen gerecht
- werden, beispielsweise durch die Schaffung von Begegnungsstätten, barrierefreien
- 424 Wegen und Plätzen sowie die Förderung von generationenübergreifenden
- Wohnprojekten.

- b. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und weiteren Akteuren soll ein Konzept
 zur Förderung der altersgerechten und inklusiven Quartiersentwicklung entwickelt und
 umgesetzt werden.
- 429
- Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement im Bereich Inklusion:
- a. Die SPD Leverkusen wird Initiativen und Projekte unterstützen, die darauf abzielen,
- 432 ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in ehrenamtliches Engagement
- einzubinden und somit soziale Teilhabe und Gemeinschaft zu fördern.
- 434
- 435 Begründung:
- 436 Die Förderung von Barrierefreiheit, Inklusion und Teilhabe für Menschen mit
- Behinderungen und ältere Menschen ist ein zentrales Anliegen der SPD Leverkusen.
- 438 Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und trägt dazu bei, die Lebensqualität für
- alle Menschen in Leverkusen zu verbessern und ein inklusives Miteinander zu fördern.
- 440 Mit diesem Antrag zeigt die SPD Leverkusen, dass sie sich aktiv für die Belange aller
- Bürgerinnen und Bürger einsetzt und diese in ihrer politischen Arbeit berücksichtigt.

A 10 Kostenfreie Menstruationsprodukte in Schulen, Behörden und öffentlichen Einrichtungen

444445

452

453

Antragssteller: Jusos

- 446 Die SPD Leverkusen unterstützt die Ausgabe kostenloser 447 Menstruationsprodukte in weiterführenden Schulen in der Stadt Leverkusen.
- Darüber hinaus setzt sich die SPD Leverkusen für die kostenlose Ausgabe von
- 449 Menstruationsartikeln in Behörden mit Publikumsverkehr (wie z. B. das
- 450 Bürgeramt) und öffentlichen Einrichtungen (wie z. B. Stadtbibliothek oder
- 451 städtische Bäder) ein.

Begründung:

am Alltagsleben teilzunehmen oder sogar gezwungen sind, auf einem unhygienischen Ersatz zurückzugreifen. Dieses Problem heißt Periodenarmut. In Deutschland fehlen hierzu Statistiken. In Großbritannien zeigt sich, wie akut dieses Problem ist: Dort kann

Es gibt Menstruierende, die aufgrund fehlender Menstruationsprodukte gehindert sind,

- 457 sich jedes zehnte Mädchen im Schulalter keine Binden und Tampons leisten. In
- Schottland ist daher seit Ende 2020 gesetzlich geregelt, dass in öffentlichen
- Einrichtungen (insbesondere Schulen und Universitäten) Menstruationsartikel
- 460 kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Auch Neuseeland und Frankreich stellen an
- offentlichen Orten Menstruationsartikel zur Verfügung. In Deutschland gibt es
- bundesweit hierzu noch keine Regelung. Aufgrund dessen hat kürzlich die Stadt
- 463 Hamm (Westfalen) und die Stadt Dormagen einen ähnlichen Vorstoß auf
- Kommunalebene unternommen.
- Gerade bei jungen Menstruierenden kommt die Menstruation oft unregelmäßig und
- überraschend, weswegen eine Verfügbarkeit gerade an Schulen besonders wichtig ist.
- 467 Um gesellschaftlichem Ausschluss, gesundheitlichen und psychischen Folgen und
- 468 nicht zuletzt einem Schamgefühl Menstruierender entgegenzutreten, sollten alle
- offentlichen Einrichtungen, Behörden und weiterführenden Schulen in Leverkusen
- diese Produkte kostenfrei zur Verfügung stellen. Informationen über die Verfügbarkeit
- dieser Produkte sollten von der Stadt veröffentlicht und in Schulen übermittelt werden.
- Dadurch trägt die Stadt Leverkusen zur Enttabuisierung des Themas Menstruation bei.

A 11 Offensiv Vorgehen gegen defensive Architektur

Antragssteller: Jusos und OV Manfort/Wiesdorf

Wir als SPD Leverkusen fordern für unsere Stadt, ein Verbot der Nutzung sogenannter defensiver Architektur. So soll unsere Stadt bei all ihren Bauvorhaben Distanz von der Nutzung defensiver Architektur wahren. Eine Nutzung defensiver Architektur durch die Stadt wird dauerhaft untersagt.

Bereits in der Stadt Leverkusen vorhandene defensive Architektur ist bis 2026 zurückzubauen. Davon umfasst sind insbesondere auch taktisch entfernte Sitzmöglichkeiten, wie die Sitzteile, die auf den Bänken des Rialto Boulevard entfernt worden sind.

Begründung:

Defensive Architektur, auch bekannt als "Anti-Obdachlosen-Architektur", bezieht sich auf Design-Elemente wie scharfe Kanten, spitze Stifte und ähnliche Konstruktionen, die dazu verwendet werden, obdachlosen Menschen das Schlafen oder Ausruhen auf öffentlichen Plätzen zu erschweren oder zu verhindern. Besonders häufig wird diese Art der Architektur inzwischen beim Bau von Parkbänken verwendet. Beispielsweise durch eine Armlehne in der Mitte einer Bank, wird verhindert, dass - insbesondere obdachlose Menschen - sich auf die Bänke legen können.

Diese Architektur stellt eine menschenunwürdige Praxis dar, die das Leiden von Obdachlosen verschärft und ihre gesellschaftliche Ausgrenzung fördert.

Es ist dringend notwendig, diese Art von Architektur in unserer Stadt zu verbieten, um die Würde und das Wohlbefinden aller Bewohnerinnen und Bewohner zu wahren. Die Verwendung von defensiver Architektur trägt zur Stigmatisierung von obdachlosen Menschen bei und verschlimmert ihre bereits prekäre Lebenssituation.

Zudem verhindert diese Form der Architektur die soziale Interaktion. Durch die Minderung der Verweilmöglichkeiten wird das Interagieren in öffentlichen Räumen erschwert und die soziale Isolation gefördert. Ausgrenzung und Isolation darf keine Antwort der Stadt auf Obdachlosigkeit sein oder jemals werden.

Ein Verbot von defensiver Architektur würde dazu beitragen, eine inklusivere, humanere und sozial gerechtere Gemeinschaft zu schaffen. Darüber hinaus würde es die Verantwortung der Stadt Leverkusen für das Wohlbefinden aller ihrer Bewohnerinnen und Bewohner unterstreichen.

A 12 Den Wohnungsmarkt aufs Next LEVel bringen

Antragssteller: OV Manfort/Wiesdorf

518

543

546

547

548

549 550

551

556

517

516

- Aussieben. Wochenlang. Die vielen Wohnungsannoncen auf den Internetportalen und in den
- Zeitungen. Zu groß, zu klein, der falsche Ort. Und schließlich das unerbittlichste aller
- Kriterien: Bezahlbar, unbezahlbar, bezahlbar... Das Ergebnis ist meist nur eine Handvoll von
- passenden Angeboten. Und man weiß, jetzt geht er erst richtig los, der lange Weg zur neuen
- 523 Bleibe. Denn die Handvoll passender Wohnungen, die suchen gerade alle anderen auch.
- Aussehen und Hautfarbe, Haustiere oder Kinder, Schufa und Gehalt: alles kann jetzt
- 525 entscheiden. Denn auf das Aussieben folgt die eigene Aussiebung.
- 526 Es sind längst nicht mehr nur Menschen mit wenig Geld, die diese Erfahrung machen. Auch
- mit mittlerem Einkommen wird die Wohnungssuche in vielen Lagen zu einer immer größeren
- Herausforderung. Dabei kann Wohnen kein Luxus sein, denn Wohnen muss jede und jeder.
- 529 Bezahlbarer Wohnraum ist deshalb entscheidend für ein gutes Zusammenleben in unserer
- 530 Stadt. Aber wenn, wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen wollen,
- dann müssen wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen: Kommunale
- Wohnungsunternehmen (WGL) und Genossenschaften, aber auch private
- 533 Wohnungsunternehmen und Vermieter*innen.
- 534 Es liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller Beteiligten und es bedarf einer
- 535 gemeinsamen Kraftanstrengung den erforderlichen Neubau sowie die Quartiersentwicklung
- voranzubringen. Denn die Aufgabe ist groß und alles andere als einfach: Nicht nur ist die
- 537 Bereitstellung von Bauflächen und die Bebauung selbst herausfordernd, sondern es muss
- auch klimagerecht gebaut werden. Höchste Zeit also in Kooperation mit den Partner*innen,
- 539 die Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Wohnungsmarkt zu gestalten. Also einen
- 540 Wohnungsmarkt, der seine eigentliche Aufgabe erfüllt, die Bereitstellung von Wohnungen.
- statt mit den Grundbedürfnissen der Menschen zu spekulieren.
- 542 Wir müssen Stadtnutzung sinnvoll denken.

Ideen für einen fairen Wohnungsmarkt

- 544 Um einen fairen Markt zu gewährleisten setzt sich die SPD Leverkusen gegen die
- 545 Spekulation mit Boden ein. Dazu zählt:
 - Möglichst viel bebaubare Fläche in städtischen Besitz bringen.
 - Wir verkaufen kein Bauland, sondern stellen es in (Erb-)Pachtverträgen Investoren zur Verfügung.
 - Wir unterstützen das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen
 - Den Hebesatz der Grundsteuer B auf 250 Punkte zu reduzieren.
 - Ab 2025 wollen wir die Grundsteuer C angemessen einführen.
- Auf diese Weise stellen wir sicher, dass mit den Grundbedürfnissen der Leverkusener*innen
- 553 nicht spekuliert wird. gleichzeitig nehmen wir Preisdruck von Investoren. So können private
- wie auch städtische Unternehmen günstiger Wohnraum zur Verfügung stellen. Unsere
- 555 Bodenpolitik wird am Gemeinwohl orientiert.

Mehr Wohnungen schneller bauen

- Je mehr neue Wohnungen entstehen, desto stärker tritt eines der Kernprobleme im
- Wohnungsbau zu Tage: Das knappe Bauland. Neues Bauland in der ohnehin schon dicht
- besiedelten Stadt zu finden, wird immer schwieriger und kleinteiliger. Wir müssen deshalb im
- Wohnungsbau neue Wege gehen. So wollen wir von der Stadtverwaltung wissen auf
- welchen Flächen eine Überbauung mit Wohnungen möglich ist. Viele andere Städte, geben
- gute Beispiele wie Parkplätze, Nahversorgung und Wohnungsbau miteinander kombiniert Antragsspiegel zum Parteitag SPD-Leverkusen am 03.06.2023

- werden können, ohne dabei zu viel der kostbaren Flächen zu verbrauchen. In Berlin und
- Frankfurt bauen die Discounter Aldi und Lidl Wohneinheiten über ihren Märkten; in München
- 565 entstehen Wohngebäude mit Parkplätzen im Erdgeschoss. Diesen Beispielen werden wir
- 566 folgen.

571

577

578579

580

597 598

599

600

601

602

- 567 Um die Anzahl der notwendigen neuen Wohnungen zu erreichen, braucht es schnellere und
- 568 digitalisierte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Voraussetzung für schnelles Bauen
- sind gut ausgestattete, digitalfähige Bauämter in der Kommune. Wir werden Planungs- und
- 570 Genehmigungsverfahren deshalb digitalisieren und beschleunigen.

Wohnen entlasten

- 572 Ein einfaches Mehr an Wohnungen wird allerdings nicht ausreichen. Wohnraum muss auch
- 573 bezahlbar sein. So zahlen bundesweit ca. 11,4 Millionen Menschen mehr als 40% ihres
- 574 Einkommen fürs Wohnen. Die durch unsere Bauministerin Klara Geywitz veranlasste
- Verlängerung der Mitpreisbremse ist hier ein wichtiger Schritt. Wir werden das nun in
- 576 Leverkusen flankieren, indem wir:
 - an der 30% Quote für Sozialwohnungen bei Neubauten festhalten,
 - die WGL veranlassen, keinen Wohnungsbestand mehr zu verkaufen,
 - die WGL veranlassen keine Mieten über der Unteren Hälfte des Mietspiegels zu verlangen.
- 581 Grundstückseigentümer*innen wollen wir vor den ungerechten und bürokratischen
- 582 Straßenausbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz bewahren. Die Beiträge in oft
- 583 fünfstelliger Höhe belasten besonders junge Familien sowie Rentnerinnen und Rentner. Vor
- allem letztere geraten dadurch in existenzgefährdende Situationen, da ihnen kaum Kredite
- 585 gewährt werden. Wir wollen daher die Straßenausbaubeiträge für Anlieger*innen abschaffen.
- 586 Die SPD setzt sich für eine Kompensation der zusätzlichen Belastung des
- Kommunalhaushalts durch das Land ein, wie es bereits in allen Bundesländer außer Bayern
- 588 und NRW die Regel ist.

589 Klug und nachhaltig bauen

- 590 Der Wohnungsmarkt muss sich den Gegebenheiten des 21. Jahrhundert anpassen. Wir
- 591 brauchen unversiegelte Flächen: Als Sickerflächen gegen starkregen und Hochwasser. Als
- 592 Schatten und Kühle spendendes Grün gegen den zunehmenden Hitzekollaps in Leverkusen.
- Wir müssen die wenigen Flächen deshalb effizient nutzen. Dass hochwertiger und ästhetisch
- 594 ansprechender Wohnraum jenseits des freistehenden Einfamilienhauses möglich ist,
- 595 beweisen die Metropolen London und Paris.
- 596 Wir werden moderne Formen des zusammenleben fokussiert fördern.
 - So sind Konzepte des Mehrgenerationenwohnens nicht nur eine tolle Idee gegen die Vereinsamung älterer und hilfebedürftiger Menschen, sondern sie bieten auch unter baulichen Gesichtspunkten viel Potential für die Quartiersentwicklung.
 - Auch die in Folge der Campus-Eröffnung in Leverkusen zunehmende Anzahl an Studierenden in Leverkusen bietet Chancen auf kreative Möglichkeiten einer städtebaulich ambitionierten Wohnraumschaffung.
- Wenn Renovierungsbedarf besteht, muss Modernisierung gefördert werden. Nur so erreichen wir die Klimaziele im Gebäudesektor. Das und wie das möglich ist, zeigt die "Innovation City" in Bottrop. Deshalb ist es richtig, diesen lokalen Erfolg zum Modell für ganz
- 606 Nordrhein-Westfalen zu machen.
- Der Bausektor ist einer der größten Quellen für Umweltbelastung in Deutschland. Daher
- werden wir im Rahmen unser haushälterischen Möglichkeiten Förderprogramme entwickeln,
- um Immobilieneigentümer und Bauinvestoren dabei zu unterstützen, Häuser klimaneutral zu

610 611	gestalten. So leistet auch der Immobilienmarkt seien Anteil zum Ziel 2030 Leverkusen Klimaneutral zu gestaltet zu haben.
612	
613	Die Schwächsten nicht vergessen!
614 615 616 617 618 619 620	Menschen, die in Obdachlosigkeit abgerutscht sind, können wir als Gesellschaft nicht im Stich lassen. Deshalb wollen wir Housing-First-Konzepte in Leverkusen voranbringen. Die Idee ist, dass Obdachlosen Menschen schnell und einfach Wohnungen vermittelt werden. Alle anderen Probleme löst man danach, denn ohne ein Dach über den Kopf, ohne Adresse und Briefkasten, ist ohnehin alles viel schwerer. Die sehr hohen Erfolgsquoten dieser Projekte ermöglichen die Rückkehr in die eigene Wohnung und damit ein Leben in Würde. Wie erfolgreich dieser Ansatz ist, kann man in Finnland sehen.
621	
622	Ein fairer und innovativer Wohnungsmarkt ist möglich
623 624 625 626	Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen für einen zukunftsfähigen Wohnungsmarkt sind gewaltig. Aber die Wende ist zu schaffen, wenn wir gemeinsam, klug und bestimmt an einem Strang ziehen. Denn Lösungen gibt es, wir müssen sie nur umsetzen. Die SPD in Leverkusen, NRW und in Deutschland packt das an.